

13/SN-97/ME

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300307/8 - Ha

Linz, am 31. März 1988

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Ver-
sorgungssicherungsgesetz geän-
dert wird;

Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ 70.530/3-X/2/88 vom 12. Februar 1988

An das

Bundesministerium für wirt-
schaftliche AngelegenheitenStubenring 1
1011 W i e n

Betrifft: <u>GESETZENTWURF</u>	
Z:	<u>10</u> - <u>GE</u> o. <u>SP</u>
Datum: <u>7. APR. 1988</u>	
Verteilt: <u>8. IV. 88</u> <u>L. Olg</u>	

L. Wosner

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 12. Februar 1988 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

1. Die im Rahmen der Novellierung verfolgte Harmonisierung
der Wirtschaftsgesetze wird generell begrüßt.
2. Mit der Verfassungsbestimmung des Art. I soll dem Bund
erneut für vier Jahre die Gesetzgebungs- und Vollzie-
hungskompetenz für Belange der Versorgungssicherung über-
tragen werden, für die das B-VG grundsätzlich eine andere
Kompetenzverteilung vorsieht.

Wie bereits in der Stellungnahme des Amtes der o.ö. Lan-
desregierung vom 13. März 1984, Verf(Präs)-1172/7, darge-
legt wurde, muß diese Vorgangsweise vom Standpunkt der
vom h. Amt zu wahrenen Interessen abgelehnt werden, da
damit neuerlich einer zentralistischen Kompetenzkonzen-
tration der Vorzug gegenüber der Erzielung einvernehm-

- 2 -

licher, dem Geiste der bundesstaatlichen Ordnung entsprechender Lösungen gegeben wird.

Durch die regelmäßig wiederkehrende Verlängerung dieser Sonderkompetenz kommt es im übrigen zu einer Kompetenzverschiebung zuungunsten der Länder, der höchstens dann zugestimmt werden könnte, wenn sie das Ergebnis von Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern wäre und die Länder eine entsprechende Gegenleistung an Zuständigkeit erhielten.

Bezugnehmend auf die im Art. I angeführten Alternativen wird - unbeschadet der vorstehenden Ausführungen - dem ständigen Unterausschuß in Verfahren zur Erlassung von Verordnungen der Vorrang eingeräumt, um in Krisenfällen rasch und flexibel die erforderlichen Vorkehrungen treffen zu können.

3. Entsprechend der Anregung der im Rahmen der Vereinheitlichung der Wirtschaftslenkungsgesetze eingesetzten Arbeitsgruppe "Finanzierung" wird angeregt, in das Versorgungssicherungsgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Kosten der auf Grund dieses Gesetzes zu treffenden Lenkungsmaßnahmen der Bund zu tragen hat.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor-Stellvertreter

b.w.

- 3 -

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300307/B - Ha

Linz, am 31. März 1988

DVR.0069264

a) Allen
 oberösterreichischen Abgeordneten zum
 Nationalrat und zum Bundesrat

b) An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3

(25-fach)

c) An alle
 Ämter der Landesregierungen

d) An die
 Verbindungsstelle der Bundesländer
 beim Amt der NÖ. Landesregierung
 1014 W i e n , Schenkenstraße 4

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor-Stellvertreter

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: